



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kindesmissbrauch und Kinderpornografie wirksam bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich über die Maßnahmen zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie zu berichten. Insbesondere soll dabei auf die Arbeit des Zentrums zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet (ZKI), die Täterprofile sowie die Möglichkeiten für eine psychologische Begleitung für die Mitarbeitenden in diesem psychisch hochbelastenden Tätigkeitsfeld eingegangen werden.

Begründung:

Laut Pressemitteilung des Staatsministeriums der Justiz¹ haben die Ermittlungen wegen sexuellen Missbrauchs und Kinderpornografie in Bayern massiv zugenommen. Bis zum 23. November dieses Jahres wurden demnach beim ZKI 2 728 Verfahren eingeleitet. Laut Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich sind das rund 140 Prozent mehr als im Vorjahr. 2020 lag die Zahl der Verfahren bei 1 122, im Jahr 2019 bei 947.

Nicht nur die Anzahl der Verfahren, sondern auch die Verurteilungen sind in den letzten Jahren stark gestiegen. 322 Täter wurden den Angaben zufolge im vergangenen Jahr allein in Bayern wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilt. Das sind 4,5 Prozent mehr als 2019. Noch sehr viel deutlicher fällt das Plus im Bereich von sexuellen Gewaltdarstellungen aus: 473 Menschen wurden den Angaben zufolge 2020 wegen des Besitzes oder der Verbreitung von Kinderpornografie verurteilt. Das sind fast 27 Prozent mehr als 2019.

Die Spezialeinheit des ZKI wurde erst im September 2020 unter dem Dach der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg gegründet. Seither sind acht Staatsanwältinnen und -anwälte dort für die Verfolgung von sexuellem Missbrauch und Kinderpornografie verantwortlich – doppelt so viele wie vor der Gründung des ZKI.

Dem Ausschuss ist vor diesem Hintergrund über die Arbeit des ZKI, die Täterprofile sowie die Möglichkeiten für eine psychologische Begleitung für die Mitarbeitenden in diesem psychisch hochbelastenden Tätigkeitsfeld zu berichten.

¹ Vgl. Bayerisches Staatsministerium der Justiz: Erste Bilanz des "Zentrums zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet" (ZKI) / Mehr als 2.700 Verfahren bereits in diesem Jahr / Justizminister Eisenreich: "Jede Tat ist eine zu viel. Mit dem ZKI erhöhen wir den Verfolgungsdruck auf die Täter noch weiter", abgerufen unter: <https://www.justiz.bayern.de/presse-und-medien/pressemitteilungen/archiv/2021/192.php> (Stand: 01.12.2021).